

Private Vorsorge fördern statt behindern

Morgen lesen Sie:
die 4 Irrwege
der Regierung

Die Regierung geht bei der Altersversorgung Irrwege. Die gesetzlichen Renten werden gekürzt. Die private Altersversorgung wird besteuert. Altersarmut ist damit programmiert.

Die meisten Bürger haben dies im Grundsatz verstanden. Sie verschließen trotzdem die Augen davor, da die Regelungen komplex und vielfältig sind – und ständig geändert werden. Kaum einer weiß, wie er fürs Alter sparen soll. Die schon heute bestehenden Versorgungslücken vergrößern sich dadurch von Tag zu Tag. Politik und Gesetzgeber sind gefordert. Denn die Bürger haben ein Recht auf Rahmenbedingungen, die Orientierung bieten und Wege zu einer attraktiven und auskömmlichen privaten Altersversorgung aufzeigen und diese wirtschaftlich begünstigen. Das kurz vor dem Abschluss stehende Verfahren zur Einfüh-

rung des so genannten Alterseinkünftegesetzes bietet hingegen großen Anlass zur Sorge. Denn die hierin enthaltenen Regelungen behindern die private Altersvorsorge mehr, als dass sie sie fördern. Gleichzeitig schaffen diese Regelungen weitere Verunsicherung. Dr. Reinfried Pohl, Vorsitzender des Vorstandes des Bundesverbandes Deutscher Vermögensberater, nimmt Stellung zu möglichen Irrwegen, auf die sich Politik und Gesetzgebung mit dem geplanten Alterseinkünftegesetz angesichts der dramatischen Herausforderungen begeben.

Herr Dr. Pohl, was prangern Sie an?

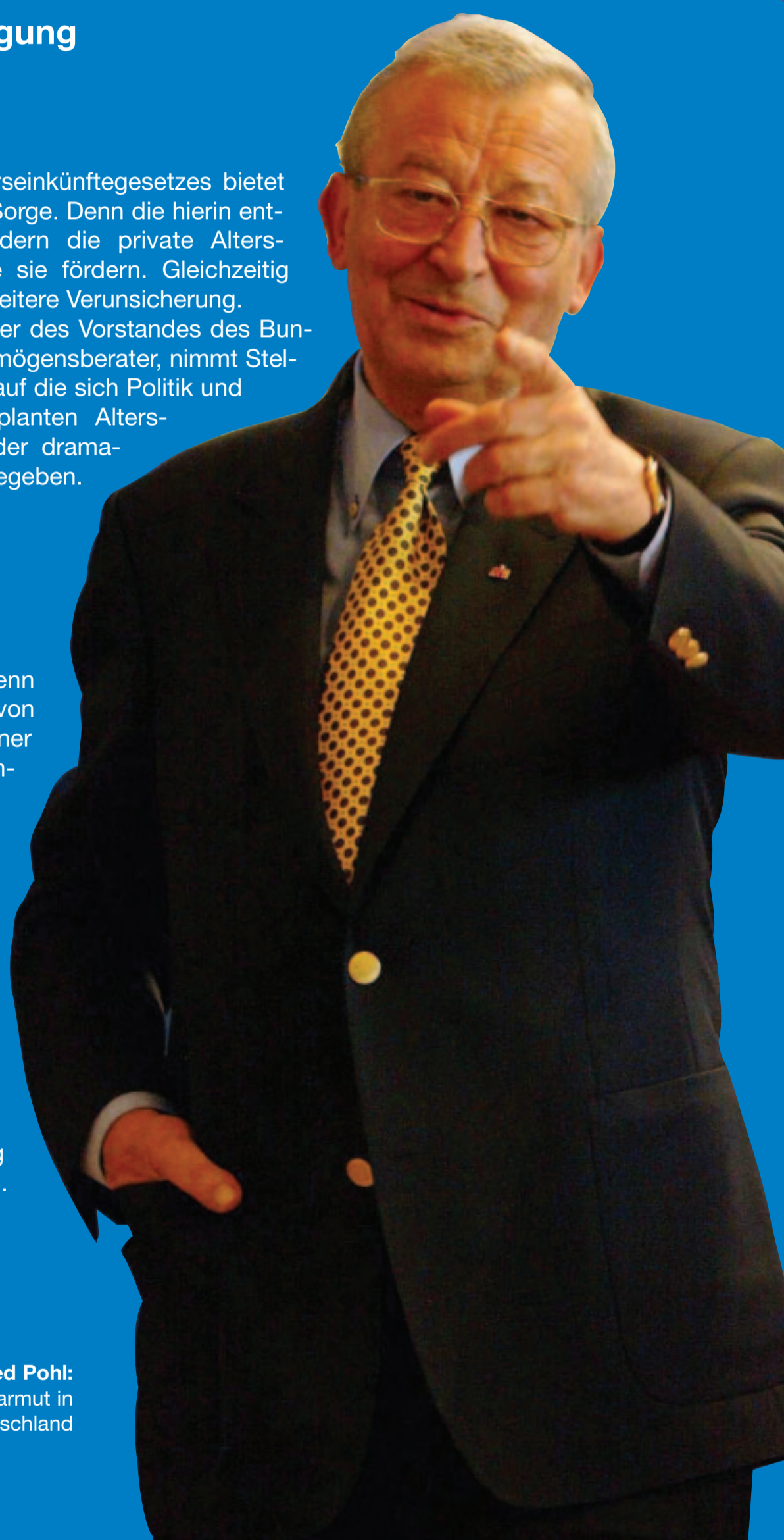
- Dass man mehrere Jahre auf höchster Ebene über eine Rechtschreibreform beraten hat, aber über das wichtigste und beliebteste Produkt zur Vermeidung von Altersarmut, die Lebensversicherung, in wenigen Beratungstagen den Stab gebrochen hat.
- Dass der Gesetzgeber die Bedeutung der im Vertrieb von Vorsorgeprodukten tätigen Menschen nicht ausreichend erkennt und deshalb offenbar auch nicht bereit ist, deren Erfahrungen zu nutzen.
- Dass man auf das offensichtliche Scheitern der „Riester-Förderung“ nicht sofort reagiert hat und ihr jetzt sogar noch mit dem Zwang zu „Unisex-Tarifen“ einen weiteren Todesstoß zu versetzen im Begriffe ist.

- Dass man zwar zur Einführung der T-Aktie enorme Steuergelder für riesige Werbekampagnen investiert hat, aber für die Förderung der Bereitschaft, private Vorsorge zu treffen, nichts geschieht.
- Dass man aus den Erfahrungen im Jahre 1999 nichts gelernt hat, wo bereits einmal der Wegfall von steuerlichen Vorteilen für die Lebensversicherung im Raum stand. Mit der Folge, dass niemals zuvor mehr Lebensversicherungen abgeschlossen wurden. Daraus wird ersichtlich, dass die steuerlichen Vorteile in Verbindung mit den einzigartigen Produktmerkmalen wohl das entscheidende Motiv sind.
- Dass die großen Chancen der betrieblichen Altersversorgung nicht ausreichend ge-

nutzt werden können. Denn jeder Arbeitnehmer kann von seinem Arbeitgeber in seiner Entscheidungsfreiheit behindert werden.

- Dass die ideale Form einer privaten Vorsorge in Gestalt einer fondsgebundenen Lebensversicherung erheblich beeinträchtigt wird, weil gegenüber direkten Aktienanlagen der Gleichbehandlungsgrundsatz in der Versteuerung verletzt wird und damit der Weg nach Karlsruhe führen kann.

Dr. Reinfried Pohl:
Warnt vor Altersarmut in Deutschland



BDV
Bundesverband
Deutscher
Vermögensberater

Postfach 16 01 28, 60064 Frankfurt am Main
Tel.: 0 69/25 62 61 30, www.bdv.de
Vorstandsvors.: Dr. Reinfried Pohl, eingetragen beim
Amtsgericht Marburg (Lahn) unter Reg.-Nr. 891

Wer wir sind und was wir leisten!

In der politischen Diskussion um die Altersversorgung der Bürger und den hierzu bevorstehenden Gesetzen dominieren die Argumente der Banken und der Versicherungsunternehmen. Hierbei geht es bisher eher um eine Gleichstellung der Anlageformen oder um die vermeintliche Bevorzugung einzelner Branchen, meistens aber nicht um das, was für die Bürger wirklich wichtig und richtig ist. Der Bundesverband Deutscher Vermögensberater vertritt hingegen seit über 30 Jahren die Interessen von nahezu 40.000 überwiegend selbständig tätigen Vermögensberatern und Vermittlern von Finanzdienstleistungen. Diese sind frei von Branchenzwängen und jeden Tag tausendfach bei den Bürgern unseres Landes, um diese zu beraten. Damit vertreten wir zugleich die Belange aller

Bürger in Deutschland, die ohne eine zusätzliche private Altersversorgung der Gefahr von Altersarmut nicht entgehen können. Rund sieben Millionen Kunden, die von Vermögensberatern betreut werden, oder nahezu 500.000 vermittelte so genannte „Riester-Renten“ (das ist mehr als alle Banken und Sparkassen an den Mann gebracht haben) belegen: Der von unserem Verband vertretene Berufsstand weiß, wie es um die Altersvorsorge der Bürger bestellt ist und was benötigt wird. Und hieraus leiten wir unsere Verpflichtung ab: alles dafür zu tun, dass sich der Blick von Politik und Gesetzgebung auf das richtet, was den Bürgern in ihren schwierigen Altersversorgungsfragen tatsächlich hilft.